

## Vor der Wahl zum 14. Deutschen Bundestag am 27. September 1998

Am 27. September 1998 wird der 14. Deutsche Bundestag gewählt. Am selben Tag finden außerdem Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern statt, nur zwei Wochen vor der Bundestagswahl sind die Bürgerinnen und Bürger in Bayern aufgerufen, ein neues Landesparlament zu wählen.

Der Ausgang der Bundestagswahl wird dieses Mal mit ganz besonderer Spannung erwartet. Sollten die Meinungsforscher recht behalten, so könnte im Herbst – nach 16 Jahren christlich-liberaler Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl – ein Machtwechsel bevorstehen. Schon seit Monaten liegen die Sozialdemokraten und die GRÜNEN in den Umfrageergebnissen deutlich vor den Bonner Regierungsparteien. Allerdings war die Stimmungslage vor der letzten Bundestagswahl, die dann doch zugunsten der amtierenden Regierung entschieden wurde, eine ganz ähnliche gewesen. Zu Beginn des Jahres 1994 lag die SPD in den Meinungsumfragen weit vor der CDU, in den letzten Monaten vor der Bundestagswahl 1994 ist die Stimmung dann zugunsten der Regierung Kohl umgeschlagen. Vor vier Jahren ist es Helmut Kohl gelungen, bei einer schlechten Stimmungslage für die Koalition das Ruder noch einmal herumzureißen. Damals kam ihm vor allem ein rechtzeitig einsetzender wirtschaftlicher Aufschwung zugute. Auch heute weisen eine Reihe von wirtschaftlichen Eckdaten wiederum einen positiven Trend auf, jedoch ohne daß die Regierungsparteien bislang in den Wahlumfragen entscheidend von dieser Entwicklung profitiert hätten. Allerdings werden Wahlen bekanntlich nicht in den Meinungsumfragen entschieden, sondern letztendlich haben immer noch die Wähler das Sagen. Der Abend des 27. September 1998 dürfte somit auf alle Fälle sehr spannend werden.

### Der Ausgang der Bundestagswahl 1994 – ein Rückblick

Im „Mammutwahljahr“ 1994 stellte die Bundestagswahl nach verschiedenen Landtags- und Kommunalwahlen bereits den 15. Wahlgang im Bundesgebiet dar. Im Rahmen dieses Wahlmarathons von 18 verschiedenen Wahlen waren die Bürger in Baden-Württemberg am 16. Oktober 1994 nach den Europa- und Kommunalwahlen am 12. Juni zum dritten Mal landesweit zu einer Wahl aufgerufen.

Nachdem im Bundestagswahlkampf 1990 die Themen Finanzierung der deutschen Einheit, Auf- und Umbau der Wirtschaft im Osten und Konflikte im Zusammenhang mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion dominiert hatten, waren im Wahljahr 1994 vor allem wirtschaftspolitische Themen vorherrschend. Im Vordergrund standen dabei die eher negativen Aussichten zur Wirtschaftsentwicklung und die hohe Arbeitslosigkeit. So übersprang die Zahl der Arbeitslosen in Gesamtdeutschland im Januar 1994 die 4-Millionen-Grenze. Maßgeblich beeinflusst durch die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation, deuteten die Umfragedaten zu Beginn des Jahres 1994 auf einen Machtwechsel in Bonn bei den Bundestagswahlen im Herbst hin. Im Frühjahr signalisierten die Demoskopien allerdings einen deutlichen Meinungswandel. Als wichtige Faktoren dieses Umschwungs wurden von vielen Beobachtern die verbesserten Konjunkturaussichten und die optimistischen Erwartungen in die Arbeitsmarktentwicklung gesehen. Ihren eindrucksvollen ersten Niederschlag fand die Änderung der politischen Stimmung im Wahlergebnis der Europawahl am 12. Juni 1994. Zum großen Verlierer wurde hierbei die SPD, die deutliche Einbußen gegenüber dem Ergebnis von 1989 verkraften mußte. In Baden-Württemberg lag sie damals sogar mit einem Stimmenanteil von 26,6 % um fast 3 Prozentpunkte unter dem vergleichsweise niedrigen Ergebnis der Landtagswahl von 1992. Als Gewinner konnte sich dagegen die CDU/CSU betrachten, die landes- bzw. bundesweit Stimmenzuwächse verzeichnete. Die Umfrageergebnisse in den letzten drei Wochen vor der Bundestagswahl 1994



Die Autoren: Lic. rer. reg. Joachim Werner ist Leiter des Referats „Volkszählung, Mikrozensus, Erwerbstätigkeit, Wohnungswesen, Wahlen“ im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Frau Monika Hin M. A. ist Referentin in diesem Bereich.

deuteten auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen von CDU, CSU und F.D.P. auf der einen Seite und den Oppositionsparteien SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS auf der anderen Seite hin.

Wahlprognosen gehören nicht zum Aufgabengebiet der amtlichen Statistik. Deshalb können die statistischen Ämter der Länder und des Bundes zur Frage nach dem voraussichtlichen Wahlausgang wenig beitragen. Die Aufgaben des Statistischen Landesamtes in bezug auf Wahlen bestehen vielmehr darin, in der Wahlnacht die Ergebnisermittlung durch den Landeswahlleiter sicherzustellen und die Wahlergebnisse zu veröffentlichen. Auf der Basis der „harten“ Daten der amtlichen Wahlstatistik kann das Statistische Landesamt somit die Ausgangssituation der Parteien für die Bundestagswahl detailliert beschreiben.

Tabelle 1  
Ergebnisse der Bundestagswahlen 1994 und 1990 im Bundesgebiet und in den Bundesländern

Bundesland	Wahl- berechtigte	Wahl- beteiligung	Gültige Zweit- stimmen	Davon						
				CDU <sup>1)</sup>	SPD	F.D.P.	GRÜNE	PDS	REP	Sonstige
	1 000	%	1 000	%						
Wahl zum Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990										
Schleswig-Holstein .....	2 085,9	78,6	1 624,7	43,5	38,5	11,4	4,0	0,3	1,2	1,1
Hamburg .....	1 263,6	78,2	980,7	36,6	41,0	12,0	5,8	1,1	1,7	1,8
Niedersachsen .....	5 760,4	80,6	4 603,4	44,3	38,4	10,3	4,5	0,3	1,0	1,2
Bremen .....	523,5	76,5	396,3	30,9	42,5	12,8	8,3	1,1	2,1	2,3
Nordrhein-Westfalen .....	13 098,2	78,7	10 206,6	40,5	41,1	11,0	4,3	0,3	1,3	1,5
Hessen .....	4 294,1	81,1	3 443,0	41,3	38,0	10,9	5,6	0,4	2,1	1,8
Rheinland-Pfalz .....	2 935,6	81,7	2 363,7	45,6	36,1	10,4	4,0	0,2	1,7	1,9
Baden-Württemberg .....	7 121,8	77,4	5 439,4	46,5	29,1	12,3	5,7	0,3	3,2	2,9
Bayern .....	8 623,6	74,4	6 367,2	51,9	26,7	8,7	4,6	0,2	5,0	3,0
Saarland .....	848,4	85,1	711,2	38,1	51,2	6,0	2,3	0,2	0,9	1,4
Berlin .....	2 537,3	80,6	2 012,7	39,4	30,6	9,1	3,9	9,7	2,5	4,8
Mecklenburg-Vorpommern .....	1 432,3	70,9	997,1	41,2	26,5	9,1	–	14,2	1,4	7,4
Brandenburg .....	1 956,7	73,8	1 423,4	36,3	32,9	9,7	–	11,0	1,7	8,4
Sachsen-Anhalt .....	2 237,8	72,2	1 591,4	38,6	24,7	19,7	–	9,4	1,0	6,7
Thüringen .....	2 009,7	76,4	1 514,3	45,2	21,9	14,6	–	8,3	1,2	8,7
Sachsen .....	3 707,7	76,2	2 780,7	49,5	18,2	12,4	–	9,0	1,2	9,7
<b>Bundesgebiet .....</b>	<b>60 436,6</b>	<b>77,8</b>	<b>46 455,8</b>	<b>43,8</b>	<b>33,5</b>	<b>11,0</b>	<b>3,8</b>	<b>2,4</b>	<b>2,1</b>	<b>3,3</b>
Wahl zum Deutschen Bundestag am 16. Oktober 1994										
Schleswig-Holstein .....	2 113,3	80,9	1 693,2	41,5	39,6	7,4	8,3	1,1	1,0	1,0
Hamburg .....	1 241,9	79,7	982,8	34,9	39,7	7,2	12,6	2,2	1,7	1,7
Niedersachsen .....	5 886,6	81,8	4 777,3	41,3	40,6	7,7	7,1	1,0	1,2	1,2
Bremen .....	510,0	78,5	394,2	30,2	45,5	7,2	11,1	2,7	1,7	1,6
Nordrhein-Westfalen .....	13 089,7	81,9	10 513,7	38,0	43,1	7,6	7,4	1,0	1,3	1,5
Hessen .....	4 290,3	82,3	3 485,9	40,7	37,2	8,1	9,3	1,1	2,4	1,3
Rheinland-Pfalz .....	2 985,4	82,3	2 426,2	43,8	39,4	6,9	6,2	0,6	1,9	1,2
Baden-Württemberg .....	7 205,0	79,7	5 668,8	43,3	30,7	9,9	9,6	0,8	3,1	2,6
Bayern .....	8 767,5	76,9	6 693,0	51,2	29,6	6,4	6,3	0,5	2,8	3,1
Saarland .....	838,1	83,5	674,8	37,2	48,8	4,3	5,8	0,7	1,6	1,6
Berlin .....	2 505,9	78,6	1 950,1	31,4	34,0	5,2	10,2	14,8	1,9	2,5
Mecklenburg-Vorpommern .....	1 379,2	72,8	982,2	38,5	28,8	3,4	3,6	23,6	1,2	0,9
Brandenburg .....	1 935,0	71,5	1 370,3	28,1	45,1	2,6	2,9	19,3	1,1	0,9
Sachsen-Anhalt .....	2 156,7	70,4	1 501,4	38,8	33,4	4,1	3,6	18,0	1,0	1,2
Thüringen .....	1 955,6	74,9	1 429,0	41,0	30,2	4,1	4,9	17,2	1,4	1,1
Sachsen .....	3 592,0	72,0	2 562,2	48,0	24,3	3,8	4,8	16,7	1,4	1,1
<b>Bundesgebiet .....</b>	<b>60 452,0</b>	<b>79,0</b>	<b>47 105,2</b>	<b>41,4</b>	<b>36,4</b>	<b>6,9</b>	<b>7,3</b>	<b>4,4</b>	<b>1,9</b>	<b>1,7</b>
Veränderung Bundestagswahlen 1990/1994 <sup>2)</sup>										
Schleswig-Holstein .....	+ 27,4	+ 2,3	+ 68,5	– 2,0	+ 1,1	– 4,0	+ 4,3	+ 0,8	– 0,2	– 0,1
Hamburg .....	– 21,7	+ 1,5	+ 2,1	– 1,7	– 1,3	– 4,8	+ 6,8	+ 1,1	0,0	– 0,1
Niedersachsen .....	+ 126,2	+ 1,2	+ 173,9	– 3,0	+ 2,2	– 2,6	+ 2,6	+ 0,7	+ 0,2	0,0
Bremen .....	– 13,5	+ 2,0	– 2,1	– 0,7	+ 3,0	– 5,6	+ 2,8	+ 1,6	– 0,4	– 0,7
Nordrhein-Westfalen .....	– 8,5	+ 3,2	+ 307,1	– 2,5	+ 2,0	– 3,4	+ 3,1	+ 0,7	0,0	0,0
Hessen .....	– 3,8	+ 1,2	+ 42,9	– 0,6	– 0,8	– 2,8	+ 3,7	+ 0,7	+ 0,3	– 0,5
Rheinland-Pfalz .....	+ 49,8	+ 0,6	+ 62,5	– 1,8	+ 3,3	– 3,5	+ 2,2	+ 0,4	+ 0,2	– 0,7
Baden-Württemberg .....	+ 83,2	+ 2,3	+ 229,4	– 3,2	+ 1,6	– 2,4	+ 3,9	+ 0,5	– 0,1	– 0,3
Bayern .....	+ 143,9	+ 2,5	+ 325,8	– 0,7	+ 2,9	– 2,3	+ 1,7	+ 0,3	– 2,2	+ 0,1
Saarland .....	– 10,3	– 1,6	– 36,4	– 0,9	– 2,4	– 1,7	+ 3,5	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,2
Berlin .....	– 31,4	– 2,0	– 62,6	– 8,0	+ 3,4	– 3,9	+ 6,3	+ 5,1	– 0,6	– 2,3
Mecklenburg-Vorpommern .....	– 53,1	+ 1,9	– 14,9	– 2,7	+ 2,3	– 5,7	+ 3,6	+ 9,4	– 0,2	– 6,5
Brandenburg .....	– 21,7	– 2,3	– 53,1	– 8,2	+ 12,2	– 7,1	+ 2,9	+ 8,3	– 0,6	– 7,5
Sachsen-Anhalt .....	– 81,1	– 1,8	– 90,0	+ 0,2	+ 8,7	– 15,6	+ 3,6	+ 8,6	0,0	– 5,5
Thüringen .....	– 54,1	– 1,5	– 85,3	– 4,2	+ 8,3	– 10,5	+ 4,9	+ 8,9	+ 0,2	– 7,6
Sachsen .....	– 115,7	– 4,2	– 218,5	– 1,5	+ 6,1	– 8,6	+ 4,8	+ 7,7	+ 0,2	– 8,6
<b>Bundesgebiet .....</b>	<b>+ 15,4</b>	<b>+ 1,2</b>	<b>+ 649,4</b>	<b>– 2,4</b>	<b>+ 2,9</b>	<b>– 4,1</b>	<b>+ 3,5</b>	<b>+ 2,0</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 1,6</b>

1) In Bayern CSU. – 2) Angaben in 1 000 bzw. Prozentpunkten.

Dazu wird im folgenden zunächst eine Rückschau auf das Wahlergebnis der Bundestagswahl 1994 gehalten. Danach werden anhand der Landtagswahlen, die in den Jahren 1995 bis 1998 abgehalten wurden, die Trends und Entwicklungen der Parteien seit der letzten Bundestagswahl dargestellt. Die Ergebnisse von Landtagswahlen sind zwar stark geprägt von regionalen Besonderheiten wie länderspezifischen Parteipräferenzen, Themen und Kandidaten, dennoch sind auch Landtagswahlen nicht abgekoppelt von bundespolitischen Einflüssen. Insbesondere den Landtagswahlen, die in kürzerem zeitlichen Abstand vor Bundestagswahlen stattfinden, wird ein gewisser „Testwahl“-Charakter zugeschrieben. Das Abschneiden der Parteien bei Landtagswahlen ist insofern nicht nur von regionaler, sondern zumindest teilweise auch von bundesweiter Bedeutung. Ferner werden Änderungen des Wahlrechts, die zur Bundestagswahl 1998 in Kraft treten, dargestellt. Abschließend wird auf Umfang und Struktur der Wahlberechtigten bei der kommenden Bundestagswahl eingegangen.

#### Überdurchschnittliche Verluste der baden-württembergischen CDU

Jeder Wähler hat bei der Bundestagswahl zwei Stimmen: eine Erststimme für die Wahl des Wahlkreisabgeordneten und eine Zweitstimme für die Wahl der Landesliste einer kandidierenden Partei. Wie viele Sitze im Parlament einer Partei insgesamt zustehen, wird anhand des Zweitstimmenergebnisses ermittelt. Hinzu kommen etwaige Überhangmandate.

Bei der Bundestagswahl 1994 bestätigte sich das von den Demoskopern auf Bundesebene in den letzten Wochen vor der Wahl erwartete knappe Wahlergebnis. Mit einem Zweitstimmenanteil von 48,4 % wiesen die seitherigen Koalitionsparteien CDU/CSU und F.D.P. gegenüber den Oppositionsparteien lediglich einen hauchdünnen Vorsprung von 0,3 Prozentpunkten auf. CDU/CSU erreichten im Bund bei Einbußen von 2,4 Prozentpunkten einen Zweitstimmenanteil von 41,4 %, die Liberalen verloren 4,1 Prozentpunkte und erhielten nur noch 6,9 % der gültigen Zweit-

stimmen. Die SPD kam auf 36,4 % (+ 2,9 Prozentpunkte), die GRÜNEN auf 7,3 % (+ 3,5 Prozentpunkte) und die PDS auf 4,4 % (+ 2 Prozentpunkte) (Tabelle 1).

Die CDU/CSU konnte damit zusammen mit der F.D.P. zwar wieder die Regierungsverantwortung übernehmen, gemessen an der prozentualen Veränderung zählte die CDU im Bund wie auch im Land indessen zu den Verlierern der Bundestagswahlen. Hierbei lagen die Zweitstimmenverluste im Land mit – 3,2 Prozentpunkten noch höher als im Bund. Die CDU erreichte in Baden-Württemberg mit 43,3 % im Bundesländervergleich hinter Sachsen (48 %) und Rheinland-Pfalz (43,8 %) das drittbeste Zweitstimmenergebnis. Dieses Resultat stellte allerdings für die baden-württembergische CDU das schlechteste Ergebnis seit der Bundestagswahl 1949 dar. Bei den Bundestagswahlen seit 1953 erzielte die CDU im Land Zweitstimmenanteile zwischen 45 % und 53 %. Den höchsten Zweitstimmenanteil bei einer Bundestagswahl in Baden-Württemberg hatte die CDU 1976 mit 53,3 % erreicht. Bei der Bundestagswahl 1983 konnte die CDU im Land letztmals die 50-Prozent-Marke übertreffen. Seitdem bröckelten die Stimmenanteile wieder ab. Im Hinblick auf die Meßlatte der CDU für die Bundestagswahl 1998 dürften nicht zuletzt die Ergebnisse der letzten Bundestagswahlen interessant sein. So lagen die CDU-Ergebnisse bei den Bundestagswahlen 1987 und 1990 bei 46,7 % bzw. 46,5 % und schließlich bei der Wahl 1994 bei 43,3 % (Tabelle 2).

#### CDU verlor Zweitstimmenanteile in sämtlichen Wahlkreisen des Landes

In den 37 Wahlkreisen des Landes mußte die CDU durchweg Rückgänge der Zweitstimmenanteile verkraften. Mit Rückgängen von unter 2 Prozentpunkten fiel dabei der Negativtrend in den Wahlkreisen Stuttgart I und II sowie Mannheim I und Heidelberg nicht so stark aus. In mehr als einem Drittel der Wahlkreise verzeichnete die CDU Verluste, die noch stärker als das landesdurchschnittliche Minus von 3,2 Prozentpunkten ausfielen. Besonders ausgeprägt war die Negativentwicklung in den

Tabelle 2  
Ergebnisse der Bundestagswahlen in Baden-Württemberg seit 1949

Tag der Wahl	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung	Gültige Stimmen <sup>1)</sup>		Davon											
						CDU		SPD		FDP/DVP		GRÜNE		REP		Sonstige	
						1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
14.08.1949 .....	4 094,7	2 864,7	70,0	2 745,5	95,8	1 087,8	39,6	655,5	23,9	482,4	17,6	–	–	–	–	519,7	18,9
06.09.1953 .....	4 536,8	3 710,3	81,8	3 588,1	96,7	1 881,9	52,4	825,7	23,0	455,5	12,7	–	–	–	–	425,0	11,8
15.09.1957 .....	4 857,8	4 097,6	84,4	3 907,8	95,4	2 061,7	52,8	1 009,0	25,8	561,5	14,4	–	–	–	–	275,6	7,1
17.09.1961 .....	5 211,9	4 419,7	84,8	4 189,2	94,8	1 899,3	45,3	1 342,9	32,1	697,3	16,6	–	–	–	–	249,7	6,0
19.09.1965 .....	5 425,1	4 598,7	84,8	4 452,2	96,8	2 219,8	49,9	1 470,0	33,0	582,9	13,1	–	–	–	–	179,5	4,0
28.09.1969 .....	5 510,3	4 690,4	85,1	4 584,8	97,7	2 322,3	50,7	1 675,7	36,5	343,4	7,5	–	–	–	–	243,4	5,3
19.11.1972 .....	5 960,7	5 377,0	90,2	5 322,1	99,0	2 648,8	49,8	2 069,2	38,9	544,8	10,2	–	–	–	–	59,3	1,1
03.10.1976 .....	6 118,5	5 452,4	89,1	5 405,5	99,1	2 882,4	53,3	1 980,3	36,6	489,7	9,1	–	–	–	–	53,2	1,0
05.10.1980 .....	6 370,5	5 518,1	86,6	5 454,0	98,8	2 646,1	48,5	2 030,9	37,2	654,9	12,0	99,1	1,8	–	–	23,1	0,4
06.03.1983 .....	6 544,8	5 785,6	88,4	5 722,6	98,9	3 010,5	52,6	1 777,5	31,1	514,4	9,0	389,9	6,8	–	–	30,3	0,5
25.01.1987 .....	6 830,8	5 676,8	83,1	5 609,0	98,8	2 617,0	46,7	1 643,2	29,3	670,9	12,0	559,4	10,0	–	–	118,4	2,1
02.12.1990 .....	7 121,8	5 515,4	77,4	5 439,4	98,6	2 529,1	46,5	1 583,0	29,1	667,3	12,3	311,7	5,7	174,3	3,2	174,1	3,2
16.10.1994 .....	7 205,0	5 742,6	79,7	5 668,8	98,7	2 451,9	43,3	1 742,6	30,7	560,7	9,9	544,8	9,6	175,8	3,1	193,0	3,4

1) Ab 1953 Zweitstimmen.

vier Wahlkreisen Zollernalb-Sigmaringen, Waldshut, Offenburg und Emmendingen-Lahr, in denen die CDU ein Minus von jeweils mehr als 5 Prozentpunkten hinnehmen mußte (Tabelle 3).

*CDU erreichte nur noch in drei Wahlkreisen die absolute Zweitstimmenmehrheit*

Seit 1983 ist die Zahl der mit absoluter Zweitstimmenmehrheit gewonnenen Wahlkreise kontinuierlich von 23 auf zuletzt drei bei der Bundestagswahl 1994 zurückgegangen. 1994 erhielt die CDU nur noch in Biberach, Odenwald-Tauber und Zollernalb-Sig-

maringen mehr als 50 % der gültigen Zweitstimmen. Eine nähere Analyse der Wahlkreisergebnisse macht deutlich, daß vor allem die bisherigen CDU-Hochburgen von überdurchschnittlichen Rückgängen betroffen waren. Das zeigte sich vor allem anhand jener 10 Wahlkreise, die 1990 noch eine absolute Zweitstimmenmehrheit aufwiesen. In 9 von 10 dieser Wahlkreise betrugen die Verluste mehr als 4 Prozentpunkte. Insgesamt war damit bei der Bundestagswahl 1994 ein Abschießen der Hochburgen und eine gewisse Nivellierung der Wahlkreisergebnisse zu beobachten. Eine wesentliche Frage ist, ob diese Tendenz sich bei der Bundestagswahl 1998 fortsetzen wird.

Tabelle 3  
**Zweitstimmenanteile der Parteien bei der Bundestagswahl 1994 sowie deren Veränderung gegenüber der Bundestagswahl 1990 in den Bundestagswahlkreisen in Baden-Württemberg**

Wahlkreis	CDU		SPD		FDP/DVP		GRÜNE		REP		Sonstige	
	1994	Ver- änderung gegen- über 1990	1994	Ver- änderung gegen- über 1990	1994	Ver- änderung gegen- über 1990	1994	Ver- änderung gegen- über 1990	1994	Ver- änderung gegen- über 1990	1994	Ver- änderung gegen- über 1990
	%	Prozent- punkte	%	Prozent- punkte	%	Prozent- punkte	%	Prozent- punkte	%	Prozent- punkte	%	Prozent- punkte
162 Stuttgart I .....	35,5	- 1,7	28,6	- 1,9	14,1	- 3,6	15,4	+ 6,8	2,6	- 0,3	3,7	+ 0,5
163 Stuttgart II .....	37,3	- 1,5	33,2	- 0,8	11,0	- 3,0	10,8	+ 4,8	4,2	0,0	3,5	+ 0,6
164 Böblingen .....	42,7	- 2,5	29,0	+ 1,2	11,8	- 2,6	10,2	+ 3,9	3,2	- 0,1	3,2	+ 0,2
165 Esslingen .....	42,2	- 2,4	31,3	+ 1,1	10,8	- 3,1	9,8	+ 4,2	3,1	- 0,4	2,7	+ 0,5
166 Nürtingen .....	42,4	- 2,1	29,3	+ 1,3	11,9	- 3,0	9,8	+ 3,7	3,5	- 0,5	3,0	+ 0,6
167 Göppingen .....	41,3	- 3,1	33,9	+ 4,1	10,0	- 3,9	7,7	+ 3,0	3,9	- 0,4	3,1	+ 0,2
168 Waiblingen .....	41,5	- 2,1	29,6	+ 0,9	11,9	- 3,6	9,2	+ 3,9	3,7	- 0,1	3,9	+ 0,8
169 Ludwigsburg .....	39,9	- 2,2	30,9	+ 0,6	12,5	- 2,8	10,1	+ 4,1	3,5	+ 0,1	3,2	+ 0,4
170 Neckar – Zaber .....	39,8	- 2,7	31,4	+ 1,2	11,9	- 2,5	9,7	+ 3,8	4,0	0,0	3,2	+ 0,3
171 Heilbronn .....	40,9	- 2,7	34,8	+ 1,6	8,9	- 2,6	7,8	+ 3,1	4,4	+ 0,3	3,4	+ 0,5
172 Schwäbisch Hall – Hohenlohe .....	41,1	- 2,7	31,9	+ 2,9	10,8	- 2,8	8,4	+ 2,8	3,7	+ 0,2	4,1	- 0,3
173 Backnang – Schwäbisch Gmünd .....	43,0	- 2,3	31,1	+ 2,5	9,1	- 4,0	9,0	+ 3,1	4,2	+ 0,1	3,7	+ 0,7
174 Aalen – Heidenheim .....	44,0	- 3,2	34,2	+ 3,9	7,7	- 2,7	7,6	+ 2,7	3,6	- 0,6	2,9	- 0,1
175 Karlsruhe-Stadt .....	38,9	- 3,2	33,1	+ 0,2	10,6	- 1,9	12,0	+ 5,0	2,1	- 0,5	3,4	+ 0,6
176 Karlsruhe-Land .....	47,1	- 4,2	31,1	+ 2,0	8,3	- 1,2	7,5	+ 3,0	2,9	+ 0,1	3,1	+ 0,4
177 Rastatt .....	48,7	- 4,4	28,9	+ 2,4	9,2	- 1,5	7,8	+ 3,4	2,8	- 0,1	2,7	+ 0,4
178 Heidelberg .....	39,0	- 2,0	33,3	- 1,9	9,1	- 2,8	13,6	+ 5,8	2,3	+ 0,5	2,7	+ 0,4
179 Mannheim I .....	36,6	- 1,8	40,0	- 0,1	6,6	- 2,8	9,8	+ 3,8	3,7	+ 0,5	3,2	+ 0,4
180 Mannheim II .....	41,1	- 2,4	34,3	+ 0,2	9,6	- 2,7	9,8	+ 4,2	2,8	+ 0,6	2,5	+ 0,2
181 Odenwald – Tauber .....	51,0	- 4,5	28,8	+ 2,9	7,6	- 1,7	6,6	+ 2,7	3,1	+ 0,7	3,0	+ 0,1
182 Rhein-Neckar .....	44,3	- 2,8	32,9	+ 0,9	8,4	- 2,4	9,1	+ 3,8	2,8	+ 0,5	2,6	+ 0,1
183 Pforzheim .....	42,2	- 2,5	31,7	+ 1,6	10,2	- 2,3	8,2	+ 3,1	4,4	- 0,3	3,2	+ 0,3
184 Calw .....	46,0	- 4,5	27,6	+ 2,6	11,4	- 1,1	7,6	+ 3,2	3,4	- 0,3	4,1	+ 0,2
185 Freiburg .....	35,6	- 2,5	31,3	- 2,5	8,6	- 3,2	18,9	+ 8,4	1,4	- 0,5	4,2	+ 0,2
186 Lörrach – Müllheim .....	40,0	- 4,2	34,9	+ 2,2	9,2	- 2,7	10,4	+ 4,6	2,1	- 0,2	3,5	+ 0,4
187 Emmendingen – Lahr .....	42,0	- 6,2	34,0	+ 2,7	9,0	- 1,4	9,9	+ 4,6	2,1	+ 0,1	3,0	+ 0,3
188 Offenburg .....	48,6	- 6,2	29,3	+ 1,9	8,0	- 0,6	8,6	+ 4,0	2,6	+ 0,4	2,9	+ 0,5
189 Rottweil – Tuttlingen .....	49,6	- 4,0	27,1	+ 2,9	9,5	- 1,4	6,9	+ 3,3	2,8	+ 0,7	4,1	- 1,4
190 Schwarzwald-Baar .....	45,8	- 4,0	29,5	+ 2,7	10,2	- 2,2	8,5	+ 3,7	2,7	+ 0,7	3,3	- 1,0
191 Konstanz .....	43,8	- 3,0	30,6	+ 2,5	9,9	- 2,9	10,5	+ 3,8	2,1	- 0,4	3,2	+ 0,1
192 Waldshut .....	46,7	- 5,4	28,3	+ 2,6	9,8	- 1,6	9,3	+ 3,9	2,2	+ 0,3	3,8	+ 0,4
193 Reutlingen .....	43,2	- 3,5	29,8	+ 2,9	11,5	- 2,1	8,6	+ 2,8	3,4	- 0,8	3,4	+ 0,4
194 Tübingen .....	37,7	- 3,5	30,9	+ 0,4	11,2	- 1,1	13,3	+ 4,2	3,3	- 0,4	3,6	+ 0,3
195 Ulm .....	45,7	- 3,0	29,9	+ 3,1	9,5	- 2,4	8,6	+ 3,5	2,8	- 1,1	3,5	0,0
196 Biberach .....	54,2	- 4,4	22,0	+ 3,9	7,1	- 2,0	8,2	+ 3,1	3,4	- 0,1	5,1	- 0,4
197 Ravensburg – Bodensee .....	47,9	- 3,5	25,9	+ 3,1	9,3	- 2,6	9,5	+ 3,7	2,6	- 0,5	4,8	- 0,1
198 Zollernalb – Sigmaringen .....	50,4	- 5,1	26,4	+ 4,5	9,9	- 0,9	6,6	+ 2,4	3,5	- 0,7	3,3	- 0,1
<b>Baden-Württemberg .....</b>	<b>43,3</b>	<b>- 3,2</b>	<b>30,7</b>	<b>+ 1,6</b>	<b>9,9</b>	<b>- 2,4</b>	<b>9,6</b>	<b>+ 3,9</b>	<b>3,1</b>	<b>- 0,1</b>	<b>3,4</b>	<b>+ 0,2</b>

### *SPD im Land wuchs nicht so stark wie im Bund*

Im Bund registrierte die SPD einen Zuwachs des Zweitstimmenanteils von 2,9 Prozentpunkten auf 36,4 %. Der Anstieg des Zweitstimmenanteils der SPD in Baden-Württemberg fiel im Bundesvergleich mit einem Plus von 1,6 Prozentpunkten allerdings unterdurchschnittlich aus. Die SPD übertraf damit zum ersten Mal seit 1983 in Baden-Württemberg wieder die 30-Prozent-Marke. Sie konnte damit bei weitem nicht an die Erfolge der Bundestagswahlen 1969 bis 1980 anknüpfen, als sie noch Werte von 37 % bis 39 % erzielte. Bei den Bundestagswahlen 1983 bis 1994 bewegte sie sich in der Spannbreite von etwa 29 % bis 31 %. Dieser Ergebniskorridor dürfte sicherlich ein wichtiger Vergleichsmaßstab für die Bundestagswahlen 1998 sein.

### *SPD legte 1994 überdurchschnittlich in den CDU-Hochburgen zu*

Die Wahlkreisbilanz der SPD bei der Bundestagswahl 1994 liest sich im Hinblick auf das Abschneiden bei den Zweitstimmen überwiegend positiv. In 32 der 37 Wahlkreise konnte die SPD gegenüber der Bundestagswahl 1990 ihre Position stärken. Die SPD holte dabei vor allem in den Hochburgen der CDU auf. Am kräftigsten erhöhte sich der Zweitstimmenanteil der SPD in den CDU-Hochburgen Zollernalb-Sigmaringen (+ 4,5 Prozentpunkte) und Biberach (+ 3,9 Prozentpunkte) sowie in Göppingen (+ 4,1 Prozentpunkte). Den mit großem Abstand höchsten Zweitstimmenanteil erzielte die SPD in Mannheim I (40,0 %).

### *FDP/DVP schnitt in Baden-Württemberg deutlich besser ab als im Bund*

Die FDP/DVP erzielte mit einem Zweitstimmenanteil von 9,9 % in Baden-Württemberg das mit Abstand beste Ergebnis aller Bundesländer. Dennoch zählte sie mit einem Minus von 2,4 Prozentpunkten wie die CDU zu den Verlierern der Bundestagswahlen. Auf Bundesebene erreichten die Liberalen nur 6,9 % bei einem Rückgang von 4,1 Prozentpunkten. Die FDP/DVP mußte allerdings in sämtlichen Wahlkreisen in Baden-Württemberg Verluste hinnehmen. Gemessen am durchschnittlichen Rückgang im Land standen für die FDP/DVP vor allem die Wahlkreise Backnang-Schwäbisch Gmünd (– 4 Prozentpunkte) und Göppingen (– 3,9 Prozentpunkte) auf der Verliererseite. Das beste Ergebnis konnte die FDP/DVP im Wahlkreis Stuttgart I mit 14,1 % der Zweitstimmen vorweisen.

### *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Zuwächse in allen Wahlkreisen*

Bundesweit erreichten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Anstieg um 3,5 Prozentpunkte und konnten damit ihren Zweitstimmenanteil auf 7,3 % aufstocken. Ausgehend von diesen Stimmenzuwächsen konnten sich die GRÜNEN wie die SPD zu den Gewinnern der Bundestagswahl 1994 zählen. In Baden-Württemberg fiel der Zuwachs mit 3,9 Prozentpunkten auf einen Anteil von 9,6 % im Ländervergleich überdurchschnittlich aus. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legten dabei in sämtlichen Wahlkreisen des Landes zu. Die stärksten Zuwächse erzielten sie in ihren Hochburgen Freiburg (+ 8,4 Prozentpunkte), Stuttgart I (+ 6,8 Prozentpunkte), Heidelberg (+ 5,8 Prozentpunkte) und Karlsruhe-Stadt (+ 5,0 Prozentpunkte) und konnten diese damit weiter ausbauen.

### *REPUBLIKANER in keinem Wahlkreis über der 5-Prozent-Grenze*

Mit ihrem Zweitstimmenanteil von 3,1 % (– 0,1 Prozentpunkte) im Land übertrafen die REPUBLIKANER das Bundesergebnis

von 1,9 % (– 0,2 Prozentpunkte). Damit schnitten sie im Bundesländervergleich in Baden-Württemberg am besten ab. Die REPUBLIKANER konnten allerdings in keinem der 37 Wahlkreise im Land die 5-Prozent-Marke übertreffen. In 21 Wahlkreisen lagen die Zunahmen durchweg unter einem Prozentpunkt. Am besten schnitten die REPUBLIKANER in den Bundestagswahlkreisen Pforzheim, Heilbronn, Stuttgart II, Backnang-Schwäbisch Gmünd und Neckar-Zaber ab, wo sie jeweils mehr als 4 % der gültigen Zweitstimmen erobern konnten.

### *CDU gewann erstmals alle 37 Direktmandate im Land – SPD verlor letztes Wahlkreismandat*

Die Zweitstimmen sind ausschlaggebend für die Gesamtzahl der Abgeordneten einer Partei und das Stärkeverhältnis der Parteien im Deutschen Bundestag. Mit der Erststimme haben die Wähler die Möglichkeit, darüber zu entscheiden, welcher Wahlkreiskandidat sie im Bundestag vertreten soll. Hierbei ist gewählt, wer in seinem Wahlkreis die meisten Erststimmen erhalten hat.

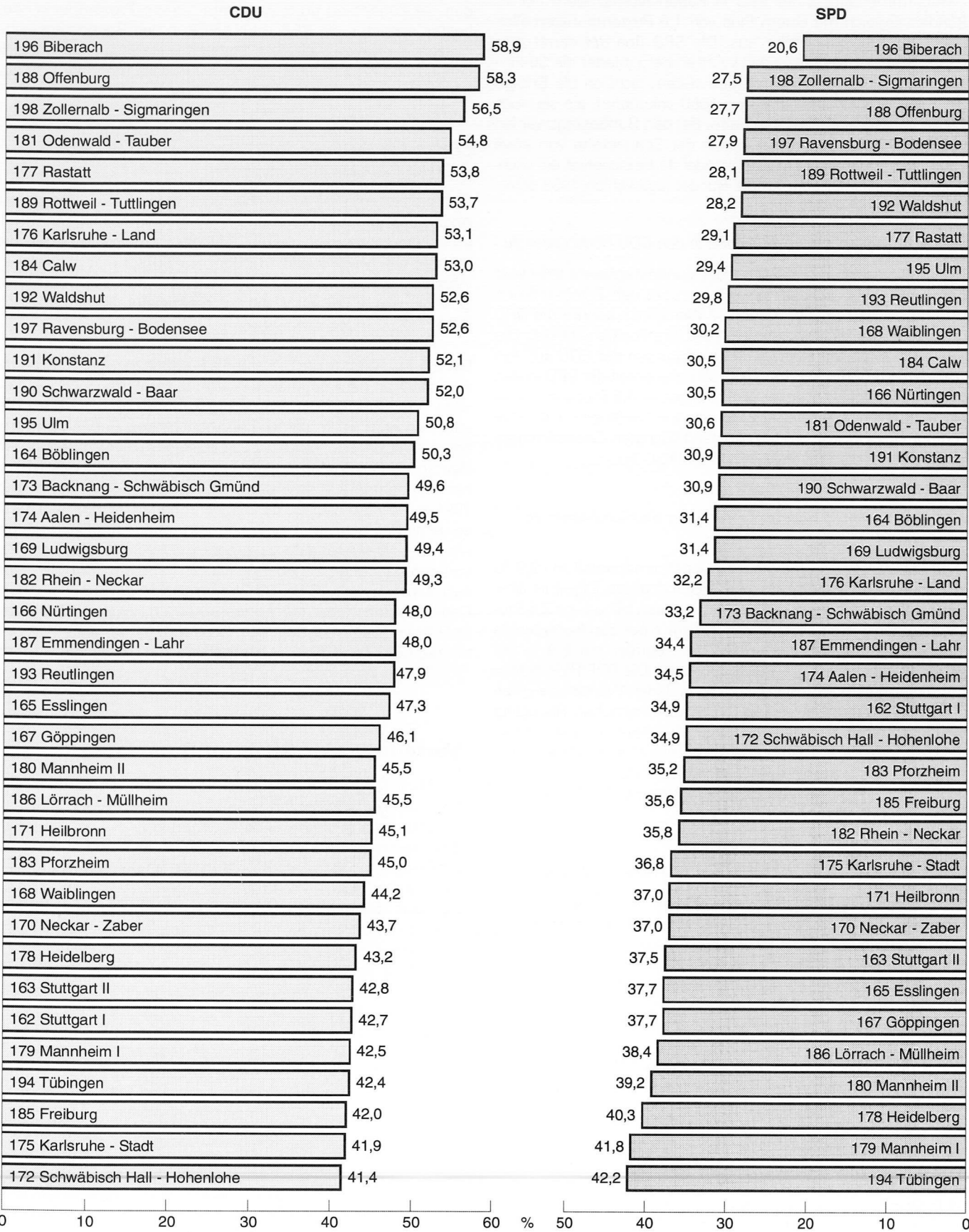
Der Erfolgsmaßstab der CDU für die Bundestagswahl 1998 dürfte sich dabei an dem optimalen Ergebnis der letzten Bundestagswahl orientieren, denn immerhin konnte die CDU die Erststimmenmehrheit in sämtlichen Wahlkreisen Baden-Württembergs erringen und somit 37 Wahlkreisdirektkandidaten in den Deutschen Bundestag entsenden. Auch der Wahlkreis Mannheim I, in dem 1990 noch der SPD-Kandidat gesiegt hatte, ging 1994 von der SPD auf die CDU über. In Baden-Württemberg war es damit das erste Mal, daß eine Partei bei einer Bundestagswahl alle Direktmandate zu erobern vermochte. Bei den drei vorausgegangenen Bundestagswahlen hatte die CDU allerdings auch schon jeweils 36 der 37 Direktmandate gewinnen können. Den höchsten Anteil der Erststimmen erreichte die CDU mit 58,9 % im Wahlkreis Biberach (*Schaubild 1*). Insgesamt erzielten die CDU-Kandidaten in 14 Wahlkreisen die absolute Mehr-

## **Verteilung der Sitze im Bundestag**

Die Verteilung der Bundestagsmandate auf die Parteien erfolgt nach dem Verfahren *Niemeyer*. Dazu werden zunächst die 656 zu vergebenden Abgeordnetensitze mit der Zahl der Zweitstimmen der einzelnen Parteien multipliziert und durch die Gesamtzahl der Zweitstimmen aller an der Verteilung teilnehmenden Parteien dividiert. Berücksichtigt werden nur die Parteien, die mindestens 5 % der abgegebenen gültigen Zweitstimmen oder in mindestens drei Wahlkreisen ein Direktmandat errungen haben. Jede Partei erhält so viele Sitze, wie ganze Zahlen auf sie entfallen. Die dann noch zu vergebenden Sitze werden in der Reihenfolge der höchsten „Reste“ verteilt. Nach der so ermittelten Anzahl der Sitze für die einzelnen Listenverbindungen sind diese jeweils parteiintern auf die einzelnen Landeslisten aufzuteilen, was wiederum nach dem oben erläuterten Verfahren *Niemeyer* erfolgt. Von der so ermittelten Zahl der Abgeordneten einer Landesliste wird die Zahl der über die Erststimme erfolgreichen Wahlkreisbewerber dieser Partei abgezogen. Wie viele Sitze eine Partei im Bundestag erhält, wird somit anhand des Zweitstimmenergebnisses berechnet. Hat allerdings eine Partei mehr Erststimmenmandate (Direktmandate) gewonnen, als ihr nach ihrem Zweitstimmenanteil zusteht, so behält sie die Differenz als sogenannte Überhangmandate.



Schaubild 1  
**Erststimmenanteile von CDU und SPD bei der Bundestagswahl 1994  
in den Bundestagswahlkreisen Baden-Württembergs**



heit. In den übrigen 23 Wahlkreisen gewannen sie die Mandate mit relativer Mehrheit, wobei die Wahlkreisbewerber der CDU in den Wahlkreisen Schwäbisch Hall-Hohenlohe (41,4 %), Karlsruhe-Stadt (41,9 %), Freiburg (42,0 %) und Tübingen (42,4 %) mit den niedrigsten Erststimmenanteilen erfolgreich waren. Die SPD erzielte bei der Bundestagswahl 1994 mit 42,2 % im Wahlkreis Tübingen den höchsten Erststimmenanteil und verpaßte mit einem Rückstand von 0,2 Prozentpunkten hinter der CDU nur äußerst knapp den Direkteinzug in den Deutschen Bundestag. Weit überdurchschnittliche Erststimmenresultate errang die SPD ebenfalls in den Wahlkreisen Mannheim I mit 41,8 % (Rückstand zur CDU: 0,7 Prozentpunkte) und Heidelberg mit 40,3 % (Rückstand zur CDU: 2,9 Prozentpunkte). Abgeschlagen mit dem schlechtesten Landesergebnis war sie dagegen mit einem Fünftel der Erststimmen (20,6 %) im Wahlkreis Biberach.

#### *In zwei Wahlkreisen Erststimmengabstand unter 1 000 Stimmen*

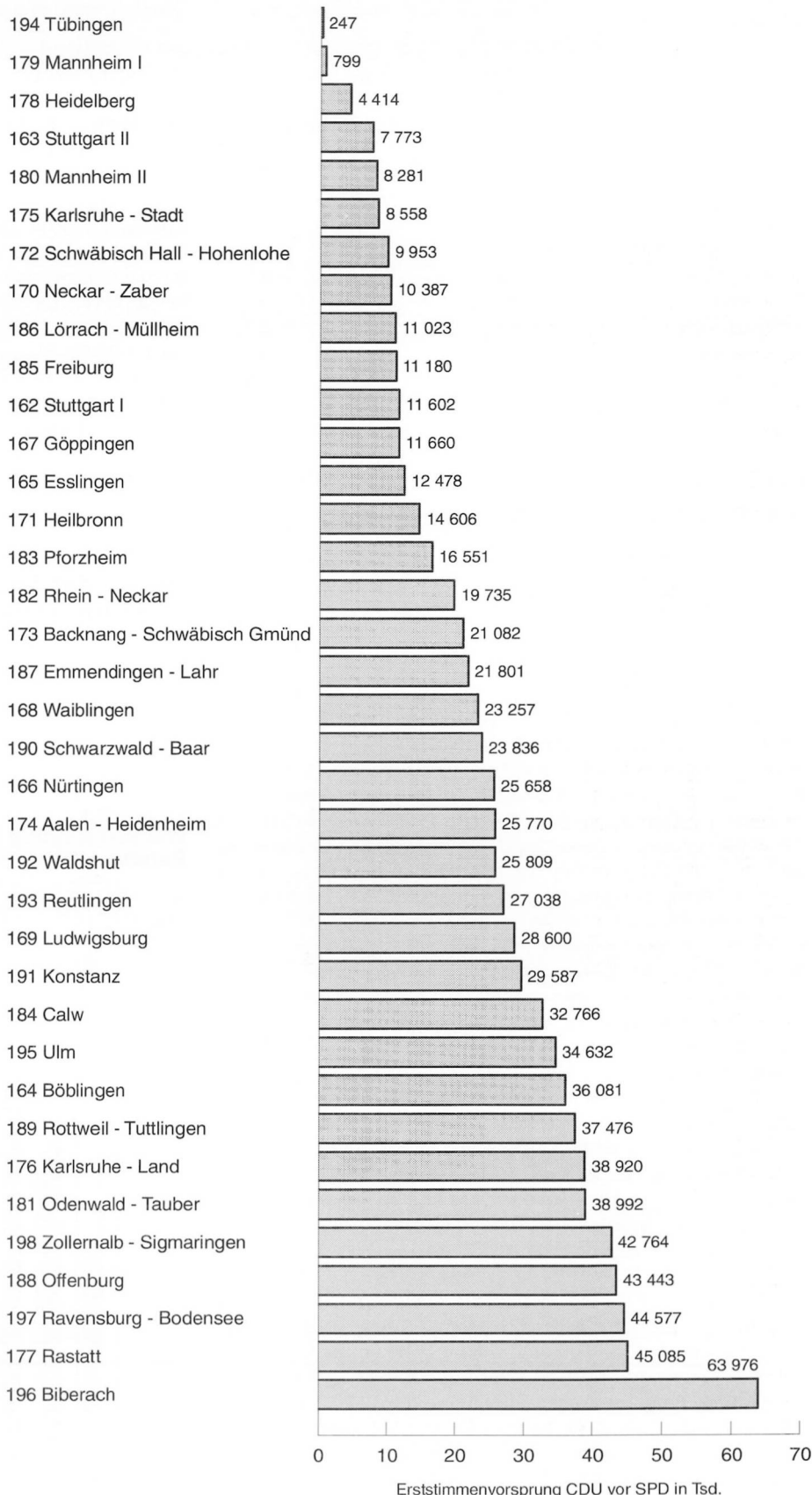
Legt man den Wahlausgang der Bundestagswahl von 1994 zugrunde, dann könnte es vor allem in jenen Wahlkreisen ein knappes Rennen zwischen CDU und SPD geben, in denen der Stimmenabstand vergleichsweise niedrig ausfiel. So lag der Erststimmengabstand zwischen CDU und SPD in zwei Wahlkreisen (Tübingen, Mannheim I) noch unter 1 000 Stimmen. In einem Wahlkreis (Heidelberg) betrug der Abstand rund 4 400 Stimmen, und in weiteren vier Wahlkreisen lag er zwischen 5 000 und 10 000 Erststimmen. In sieben Wahlkreisen wurde ein absoluter Erststimmenvorsprung der CDU zur SPD von 10 000 bis 15 000 festgestellt. Besonders ansehnliche Stimmenabstände mit über 20 000 Erststimmen zugunsten der CDU waren in 21 Bundestagswahlkreisen vorhanden, wobei sechs einen Vorsprung der CDU zwischen 30 000 und 40 000 und immerhin noch fünf von 40 000 und mehr aufwiesen (Schaubild 2).

#### *12 % der gültigen Zweitstimmen im Bund entfielen auf Baden-Württemberg*

Das zahlenmäßige Gewicht eines einzelnen Bundeslandes und damit die Anzahl der Parlamentarier, die aus diesem Bundesland in den Bundestag einziehen, wird entscheidend vom Zweitstimmenanteil des Landes am gesamten Zweitstimmenaufkommen im Bund bestimmt. Aufgrund der teilweise stark voneinander abweichenden Zahl der Wahlberechtigten und der unterschiedlichen Wahlbeteiligung in den einzelnen Bundesländern tragen die

Schaubild 2

### **Vorsprung der CDU vor der SPD bezüglich der Erststimmen bei der Bundestagswahl 1994 in den Bundestagswahlkreisen Baden-Württembergs**



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

260 98

Länder in sehr unterschiedlichem Umfang zum Zweitstimmenaufkommen im Bund bei. Auf Baden-Württemberg entfiel bei der Bundestagswahl 1994 ein Anteil von 12 % aller gültigen Zweitstimmen im Bund. Gemessen an den Anteilen aller Bundesländer nahm Baden-Württemberg damit den dritten Rang ein:

Bundesland	Anteil an allen Wahl- berechtigten	Anteil an allen gültigen Zweitstimmen	Abweichung
	%		Prozentpunkte
Bremen .....	0,8	0,8	0,0
Saarland .....	1,4	1,4	0,0
Hamburg .....	2,1	2,1	0,0
Mecklenburg-Vorpommern .....	2,3	2,1	- 0,2
Brandenburg .....	3,2	2,9	- 0,3
Thüringen .....	3,2	3,0	- 0,2
Schleswig-Holstein .....	3,5	3,6	+ 0,1
Sachsen-Anhalt .....	3,6	3,2	- 0,4
Berlin .....	4,1	4,1	0,0
Rheinland-Pfalz .....	4,9	5,2	+ 0,3
Sachsen .....	5,9	5,4	- 0,5
Hessen .....	7,1	7,4	+ 0,3
Niedersachsen .....	9,7	10,1	+ 0,4
<b>Baden-Württemberg .....</b>	<b>11,9</b>	<b>12,0</b>	<b>+ 0,1</b>
Bayern .....	14,5	14,2	- 0,3
Nordrhein-Westfalen .....	21,7	22,3	+ 0,6
<b>Bundesgebiet .....</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>0,0</b>

Weitaus am stärksten war das „Zweitstimmengewicht“ von Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Bundesland, das immerhin mit 22,3 % der Zweitstimmen mehr als jede fünfte abgegebene Zweitstimme auf sich vereinigte. Den zweithöchsten Anteil am Zweitstimmenaufkommen der Bundestagswahl verzeichnete Bayern mit einem Anteil von 14,2 %. Daß hierbei der in den einzelnen Bundesländern unterschiedliche Wahleifer, das heißt die Wahlbeteiligung, durchaus das „Zweitstimmengewicht“ eines Bundeslandes beeinflussen kann, zeigt sich an Nordrhein-Westfalen. Hier lag bei der Bundestagswahl 1994 der Anteil der gültigen Zweitstimmen um 0,6 Prozentpunkte über dem Anteil der Wahlberechtigten, während sich andererseits in den neuen Bundesländern wegen der vergleichsweise niedrigeren Wahlbeteiligung der Anteil der gültigen Zweitstimmen am Bund durchweg unter dem entsprechenden Anteil an den Wahlberechtigten bewegte. Mit einer hohen Wahlbeteiligung und Wählermobilisierung kann ein Bundesland demnach sein relatives Gewicht am Zweitstimmenaufkommen in gewissem Umfang erhöhen. Eine kleine Modellrechnung auf der Basis der Ergebnisse der Bundestagswahl 1994 soll diesen Sachverhalt illustrieren: Wäre in Baden-Württemberg infolge steigender Wahlbeteiligung die Zahl gültiger Zweitstimmen im Land um 3 % höher als das tatsächliche Ergebnis und in den anderen Bundesländern gleichzeitig um 2 % niedriger ausgefallen, hätte Baden-Württembergs Anteil am Zweitstimmenaufkommen des Bundes um fast 1 Prozentpunkt höher gelegen. Dieses läßt sich auch auf das Zweitstimmenaufkommen der Parteien übertragen. Je höher die Wahlbeteiligung in einem Bundesland und je stärker die Mobilisierung der Wähler für eine Partei ausfällt, desto größer fällt das relative (anteilige) Gewicht dieser Partei am Zweitstimmenaufkommen des Bundes aus. Die SPD Baden-Württembergs trägt beispielsweise aufgrund ihres im Ländervergleich unterdurchschnittlichen Stimmenanteils nur zu 10 % am Zweitstimmenaufkommen ihrer Partei im Bund bei und liegt

damit noch hinter Niedersachsen. Die CDU Baden-Württembergs weist auf der anderen Seite einen Anteil von 12,6 % am bundesweiten Zweitstimmenaufkommen auf.

Trendumkehr bei der Wahlbeteiligung?

Die deutschen Bundesbürger sind – betrachtet man die längerfristigen Tendenzen – in den letzten Jahren „wahlmüde“ geworden. Dies macht eine sinkende Wahlbeteiligung auf allen Ebenen deutlich. Bei den Bundestagswahlen 1972 und 1976 hatte die Wahlbeteiligung bundesweit noch bei über 90 % gelegen. Auch in Baden-Württemberg war 1972 noch eine Rekord-Wahlbeteiligung von über 90 % erreicht worden. Seither ließ der Wahleifer sowohl bundesweit als auch in Baden-Württemberg immer mehr nach (Schaubild 3). Der Tiefststand der Wahlbeteiligung wurde sowohl im Bund (77,8 %) als auch im Land (77,4 %) bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 erreicht. Vier Jahre später hingegen zeigte sich – im Bundesgebiet und in Baden-Württemberg – erstmals wieder eine steigende Tendenz. Für die anstehende Bundestagswahl bleibt abzuwarten, ob diese Trendumkehr anhält. Die Tatsache, daß dem 27. September 1998 schon seit Monaten mit besonderer Spannung entgegengesehen wird, könnte dazu führen, daß die Wahlbeteiligung weiter ansteigt.

Bilanz der Landtagswahlen der Jahre 1995 bis 1998

In der Zeit nach der Bundestagswahl 1994 bis Ende April 1998 fanden in der Bundesrepublik Deutschland zehn Landtagswahlen statt. Das heißt, mehr als die Hälfte der 16 deutschen Län-

Schaubild 3  
Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen im Bundesgebiet und in Baden-Württemberg seit 1949

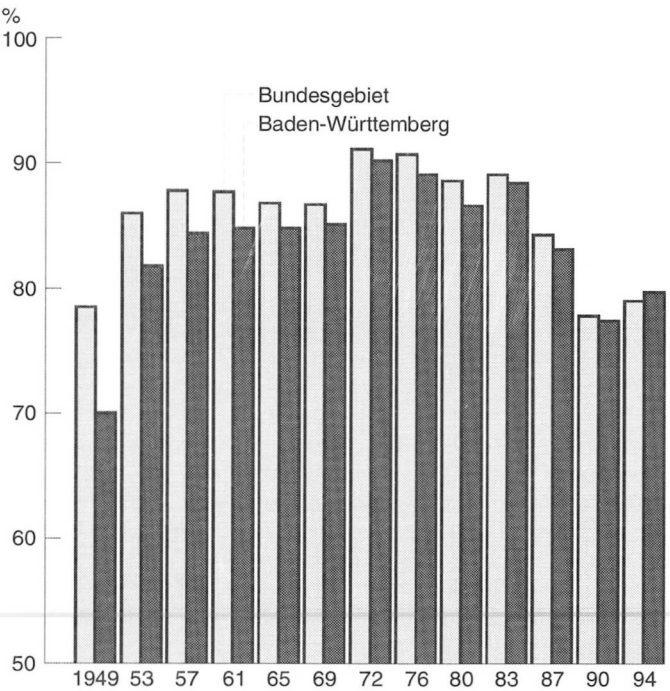




Tabelle 4

**Ergebnisse der Landtagswahlen seit 1990 in ausgewählten Bundesländern**

Wahltermin	Bundesland	Wahl- beteiligung	Stimmenanteile der Parteien						
			CDU	SPD	F.D.P. <sup>1)</sup>	GRÜNE <sup>2)</sup>	REP	PDS <sup>3)</sup>	Sonstige
Ergebnisse der Landtagswahlen 1990 bis 1994 in %									
20.01.1991	Hessen <sup>4)</sup> .....	70,8	40,2	40,8	7,4	8,8	1,7	–	1,1
29.09.1991	Bremen .....	72,2	30,7	38,8	9,5	11,4	1,5	–	8,2 <sup>5)</sup>
13.05.1990	Nordrhein-Westfalen .....	71,8	36,7	50,0	5,8	5,0	1,8	–	0,7
02.12.1990	Berlin <sup>4)</sup> .....	80,8	40,4	30,4	7,1	9,3 <sup>6)</sup>	3,1	9,2	0,5
05.04.1992	Baden-Württemberg .....	70,1	39,6	29,4	5,9	9,5	10,9	–	4,8
21.04.1991	Rheinland-Pfalz <sup>4)</sup> .....	73,9	38,7	44,8	6,9	6,5	2,0	–	1,1
05.04.1992	Schleswig-Holstein .....	71,7	33,8	46,2	5,6	5,0	1,2	–	8,2 <sup>7)</sup>
19.09.1993	Hamburg .....	69,6	25,1	40,4	4,2	13,5	4,8	–	11,9 <sup>8)</sup>
13.03.1994	Niedersachsen <sup>4)</sup> .....	73,8	36,4	44,3	4,4	7,4	3,7	–	3,7
26.06.1994	Sachsen-Anhalt <sup>4)</sup> .....	54,8	34,4	34,0	3,6	5,1	1,4	19,9	1,7
Ergebnisse der Landtagswahlen 1995 bis 1998 in %									
19.02.1995	Hessen <sup>4)</sup> .....	66,3	39,2	38,0	7,4	11,2	2,0	–	2,3
14.05.1995	Bremen .....	68,6	32,6	33,4	3,4	13,1	0,3	2,4	14,9 <sup>9)</sup>
14.05.1995	Nordrhein-Westfalen .....	64,0	37,7	46,0	4,0	10,0	0,8	–	1,5
22.10.1995	Berlin <sup>4)</sup> .....	68,6	37,4	23,6	2,5	13,2	2,7	14,6	5,9
24.03.1996	Baden-Württemberg .....	67,6	41,3	25,1	9,6	12,1	9,1	–	2,8
24.03.1996	Rheinland-Pfalz <sup>4)</sup> .....	70,8	38,7	39,8	8,9	6,9	3,5	–	2,2
24.03.1996	Schleswig-Holstein .....	71,8	37,2	39,8	5,7	8,1	–	–	9,1 <sup>10)</sup>
21.09.1997	Hamburg .....	68,7	30,7	36,2	3,5	13,9	1,8	0,7	13,2 <sup>11)</sup>
01.03.1998	Niedersachsen <sup>4)</sup> .....	73,8	35,9	47,9	4,9	7,0	2,8	–	1,5
26.04.1998	Sachsen-Anhalt <sup>4)</sup> .....	71,5	22,0	35,9	4,2	3,2	0,7	19,6	14,3 <sup>12)</sup>
Ergebnisse der Landtagswahlen seit 1995 – Differenzen zur Vorwahl in Prozentpunkten									
19.02.1995	Hessen .....	– 4,5	– 1,0	– 2,8	0,0	+ 2,4	+ 0,3	–	+ 1,2
14.05.1995	Bremen .....	– 3,6	+ 1,9	– 5,4	– 6,1	+ 1,7	– 1,2	+ 2,4	+ 6,7
14.05.1995	Nordrhein-Westfalen .....	– 7,8	+ 1,0	– 4,0	– 1,8	+ 5,0	– 1,0	–	+ 0,8
22.10.1995	Berlin .....	– 12,2	– 3,0	– 6,8	– 4,6	+ 3,9	– 0,4	+ 5,4	+ 5,4
24.03.1996	Baden-Württemberg .....	– 2,5	+ 1,7	– 4,3	+ 3,7	+ 2,6	– 1,8	–	– 2,0
24.03.1996	Rheinland-Pfalz .....	– 3,1	0,0	– 5,0	+ 2,0	+ 0,4	+ 1,5	–	+ 1,1
24.03.1996	Schleswig-Holstein .....	+ 0,1	+ 3,4	– 6,4	+ 0,1	+ 3,1	– 1,2	–	+ 0,9
21.09.1997	Hamburg .....	– 0,9	+ 5,6	– 4,2	– 0,7	+ 0,4	– 3,0	+ 0,7	+ 1,3
01.03.1998	Niedersachsen .....	0,0	– 0,5	+ 3,6	+ 0,5	– 0,4	– 0,9	–	– 2,2
26.04.1998	Sachsen-Anhalt .....	+ 16,7	– 12,4	+ 1,9	+ 0,6	– 1,9	– 0,7	– 0,3	+ 12,6

1) In Baden-Württemberg FDP/DVP – 2) In Hamburg GRÜNE/GAL, in Berlin GRÜNE/AL. – 3) In Hamburg PDS/Linke Liste. – 4) Zweitstimmen. – 5) Davon DVU: 6,2 %. – 6) Davon BÜ 90/Gr/UFV: 4,4 %. – 7) Davon DVU: 6,3 %. – 8) Davon DVU: 2,8 %. – 9) Davon DVU: 2,5 %. – 10) Davon DVU: 4,3 %. – 11) Davon DVU: 4,9 %. – 12) Davon DVU: 12,9 %.

derparlamente wurden in diesem Zeitraum neu gewählt. Die Ergebnisse von Landtagswahlen sind zwar immer stark geprägt von regionalen Besonderheiten wie länderspezifischen Parteipräferenzen, Themen und Kandidaten, dennoch stehen Landtagswahlen fast immer auch im Schatten der Bundespolitik. Das Abschneiden der Parteien bei Landtagswahlen gilt immer auch als Gradmesser für deren bundesweites Ansehen. Um Trends hinsichtlich der Entwicklung der Wählergunst seit der letzten Bundestagswahl darzustellen, wird deshalb im folgenden eine Bilanz aller Landtagswahlen der Jahre 1995 bis 1998 in Deutschland gezogen. Diese Darstellung der Landtagswahlergebnisse seit der letzten Bundestagswahl im Jahr 1994 darf allerdings nicht als Prognose hinsichtlich der anstehenden Bundestagswahl mißverstanden werden. Sie ist eine Analyse bereits stattgefundener Wahlen und kann allenfalls darstellen, wie sich die Situation der Parteien in den letzten Jahren und Monaten entwickelt hat.

*CDU im Wechselbad von Siegen und Niederlagen*

Für die CDU verliefen die Landtagswahlen uneinheitlich. Bei den Landtagswahlen in Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen konnte die Union Stimmenzuwächse verbuchen. In Hamburg (+ 5,6 Prozentpunkte) und Schleswig-Holstein (+ 3,4 Prozentpunkte), wo die Union jeweils in der Opposition war, waren die Zunahmen am höchsten. Besonders erfolgreich war die CDU in Schleswig-Holstein: Zwar befindet sie sich dort noch immer auf der Oppositionsbank, doch der Stimmenabstand zwischen CDU und SPD verringerte sich nach der Wahl aufgrund der Gewinne der CDU und der Verluste der SPD von 12,4 Prozentpunkten auf nur noch 2,6 Prozentpunkte (Tabelle 4).

In Rheinland-Pfalz blieb das Ergebnis der CDU gegenüber der vorherigen Landtagswahl konstant, in Niedersachsen, Hessen, Berlin und insbesondere in Sachsen-Anhalt war der CDU-Anteil

rückläufig. Erdrutschartig waren die Verluste der CDU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, die Ende April dieses Jahres stattfand. Die sich in der Opposition befindliche CDU sackte von 34,4 % auf 22,0 % hinab und liegt nun nur noch knapp vor der PDS, die 19,6 % der Stimmen erhielt.

#### *SPD bei Landtagswahlen der Jahre 1995 bis 1997 auf der Verliererseite*

Die Sozialdemokraten mußten bei allen Landtagswahlen der Jahre 1995, 1996 und 1997 – zum Teil erhebliche – Verluste hinnehmen. Die Ergebnisse der Landtagswahlen dieser Jahre waren für die SPD politische Negativrekorde: In Hessen, Bremen, Berlin, Baden-Württemberg und Hamburg erzielte die SPD jeweils ihre schlechtesten Ergebnisse der Nachkriegszeit. Diese Tatsache zog personelle Konsequenzen nach sich. In Bremen stellte sich *Klaus Wedemeier* und in Hamburg *Henning Voscherau* nicht mehr für das Amt des Regierenden Bürgermeisters zur Verfügung. In Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein verlor die SPD die absolute Mehrheit im Länderparlament und benötigte nun einen Koalitionspartner, den sie in den GRÜNEN fand. Die sogenannte „Ampelkoalition“ aus SPD, FDP und den GRÜNEN in Bremen wurde durch ein Regierungsbündnis aus SPD und CDU abgelöst. In Baden-Württemberg mußte sich die SPD nach vier Jahren Großer Koalition mit der CDU wieder in die Rolle der Opposition fügen.

#### *Trendumkehr für die SPD bei den ersten beiden Landtagswahlen 1998*

Erst mit den beiden Landtagswahlen dieses Jahres wurde der Abwärtstrend der SPD unterbrochen. In Niedersachsen, wo nicht nur ein neuer Landtag gewählt wurde, sondern wo es indirekt auch um die Frage ging, ob der niedersächsische SPD-Ministerpräsident *Gerhard Schröder* oder sein saarländischer Kollege *Oskar Lafontaine* als Herausforderer von *Helmut Kohl* als Kanzlerkandidat der SPD nominiert wird, kam es zur Trendwende: Die SPD hatte erstmals wieder Stimmengewinne (+ 3,6 Prozentpunkte) und konnte damit die absolute Mehrheit im niedersächsischen Landtag nicht nur verteidigen, sondern sogar noch ausbauen. In Sachsen-Anhalt konnte die SPD ebenfalls Stimmen zulegen und kann sich durchaus als Gewinnerin der Landtagswahl fühlen, zumal die SPD unter *Reinhard Höppner* auch weiterhin die Regierung stellen kann, während der bisherige Koalitionspartner BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an der 5-Prozent-Hürde gescheitert ist. Für bundespolitisches Aufsehen sorgte der Ausgang der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt insofern, als die dortige SPD, die nicht über eine Mehrheit im Länderparlament verfügt, keine Koalition mit der CDU eingegangen ist, sondern als eine von der PDS tolerierte Minderheitsregierung regieren will. Auch das unerwartet starke Abschneiden der DVU (12,9 %) führte zu bundesweiten Reaktionen.

#### *Liberalen nur noch in vier von 16 Landtagen vertreten*

Zu den großen Verlierern der Landtagswahlen gehörte die F.D.P. Sowohl in Bremen als auch in Nordrhein-Westfalen und Berlin verlor sie ihre Mandate im Parlament. In Hamburg, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, wo die F.D.P. bereits bei den Landtagswahlen zuvor an der 5-Prozent-Hürde gescheitert war, konnte sie nicht wieder in den Landtag einziehen. In Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg konnten die Liberalen dagegen deutliche Stimmenzuwächse verzeichnen und sind somit weiter in den Landtagen vertreten. Auch in Hessen und Schleswig-Holstein übersprang die F.D.P. die 5-Prozent-Hürde. Bundesweit gehören die Liberalen nur noch diesen vier Landtagen an.

#### *Serie von Wahlsiegen für die GRÜNEN beendet?*

Die großen Gewinner der Landtagswahlen der Jahre 1995, 1996 und 1997 waren die GRÜNEN. Sie konnten ihre Position in allen Ländern ausbauen. Besonders erfolgreich waren die GRÜNEN in Berlin, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. In Berlin konnten die GRÜNEN ihren Stimmenanteil auf über 13 % steigern – ein Rekordergebnis für die GRÜNEN in diesem Stadtstaat. In Nordrhein-Westfalen gelang es ihnen, ihr Ergebnis im Vergleich zur letzten Landtagswahl von 5,0 % auf 10,0 % zu verdoppeln. Sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch in Schleswig-Holstein konnten sie aufgrund ihrer eigenen Erfolge und der Tatsache, daß die regierende SPD die absolute Mehrheit im Landtag verlor, als Koalitionspartner in die Landesregierungen einsteigen.

Mit den beiden bisherigen Landtagswahlen des Jahres 1998 wurde der Aufwärtstrend der GRÜNEN gestoppt. Sowohl in Niedersachsen als auch in Sachsen-Anhalt war ihr Stimmenanteil rückläufig. In Sachsen-Anhalt führte dies sogar dazu, daß die GRÜNEN die 5-Prozent-Hürde nicht mehr zu überspringen vermochten und aus dem Landtag ausschieden. Als Ursachen für diese Entwicklung werden sowohl landespolitische Gründe als auch die Debatte der GRÜNEN über eine Benzinpreiserhöhung auf fünf Mark genannt.

#### *REPUBLIKANER nur in Baden-Württemberg, ...*

Für die REPUBLIKANER verliefen die Landtagswahlen der letzten Jahre wenig erfolgreich. Bei allen Landtagswahlen außer in Rheinland-Pfalz und Hessen, wo sie leichte Stimmengewinne erzielten, haben die REPUBLIKANER Stimmen verloren. Im gesamten Bundesgebiet sind die REPUBLIKANER derzeit nur in einem Landtag, nämlich dem baden-württembergischen, vertreten. In Baden-Württemberg hatten die REPUBLIKANER bei der Landtagswahl 1992 unerwartet fast 11 % der Stimmen erhalten. Mit der letzten Wahl zum baden-württembergischen Landtag 1996 konnten sie ihre Position mit 9,1 % verteidigen – ein bislang einmaliger Wahlerfolg, denn außer in Baden-Württemberg ist es noch keiner der extremen Rechtsparteien gelungen, wiederholt in ein Parlament einzuziehen.

#### *... DVU nur in Sachsen-Anhalt im Landtag*

Die DVU hat sich bei den Landtagswahlen seit 1995 auf den Norden Deutschlands konzentriert. In Bremen erhielt sie 2,5 % der gültigen Stimmen, in Schleswig-Holstein 4,3 %, und in Hamburg verfehlte sie mit 4,98 % den Einzug in die Bürgerschaft nur knapp. Die große Überraschung war der Ausgang der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, wo die Meinungsforscher zwar ein Überspringen der 5-Prozent-Hürde durch die DVU prognostiziert hatten, wo diese Partei jedoch mit einem Stimmenanteil von 12,9 % einen unerwartet hohen Erfolg verbuchen konnte. Ebenso wie die REPUBLIKANER ist die DVU nun bundesweit in einem der 16 Landtage vertreten.

#### *PDS in ostdeutschen Landtagen drittstärkste politische Kraft*

Die PDS ist bislang nur in den ostdeutschen Länderparlamenten und im Berliner Senat vertreten. An dieser Situation haben auch die Landtagswahlen seit 1995 nichts geändert. Die Versuche der PDS, sich auch in den alten Bundesländern als politische Kraft zu positionieren, sind bislang fehlgeschlagen. In Bremen und Hamburg ist die SED-Nachfolgepartei zu den Bürgerschaftswahlen angetreten und jeweils deutlich unter der 5-Prozent-Marke verblieben. Bei allen anderen Landtagswahlen im Westen hat die PDS erst gar nicht kandidiert. In Berlin war die PDS durchaus erfolgreich: mit einem Stimmenplus um 5,4 Prozent-

punkte auf 14,6 % hat die PDS in Berlin die Position als dritte politische Kraft erobert und liegt damit sogar noch vor den GRÜNEN. Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt hat die PDS erstmals bei einer Landtagswahl in den neuen Ländern Stimmen verloren (– 0,3 Prozentpunkte auf 19,6 %). Die PDS ist damit allerdings in Sachsen-Anhalt noch immer die drittstärkste Partei im Landtag.

### Wahleifer wieder ansteigend?

Die Wahlbeteiligung war bei den Landtagswahlen der Jahre 1995 bis 1997 fast durchgängig rückläufig. In Hessen und Berlin fiel das Wahlinteresse der Bürger auf einen historischen Tiefstand. Damit wurde der seit Jahren in Deutschland zu beobachtende Trend, wonach die „Partei der Nichtwähler“ immer größer wird, und der lediglich bei der Europa- und Bundestagswahl 1994 unterbrochen worden war, weitergeführt. Bei der Wahl zum Landtag in Niedersachsen im März 1998 blieb die Wahlbeteiligung gegenüber der vorherigen Wahl unverändert. In Sachsen-Anhalt, wo bei der Landtagswahl 1994 gerade einmal gut die Hälfte der Wahlberechtigten zur Wahl gegangen war, hat die Wahlbeteiligung um knapp 17 Prozentpunkte auf 71,5 % zugenommen. Insgesamt bewegte sich die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen der Jahre 1995 bis 1997 zwischen knapp 74 % (in Niedersachsen) und 64 % (in Nordrhein-Westfalen).

### Vormachtstellung der Sozialdemokraten im Bundesrat

Betrachtet man die Landtagswahlen der Jahre 1995 bis 1998 unter den Aspekten Machtwechsel bzw. Wahrung der Kontinuität, so führten diese Landtagswahlen in fünf Fällen zu einem

### Übersicht

Stimmenverteilung im Bundesrat nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 26. April 1998			
Stimmen im Bundesrat insgesamt: 69			
SPD – Alleinregierungen	Stimmen	CDU/CSU – Alleinregierungen	Stimmen
Niedersachsen	6	Bayern (CSU)	6
Brandenburg	4	Sachsen (CDU)	4
Saarland	3		
Sachsen-Anhalt	4	Zusammen	10
Zusammen	17		
Koalitionen aus SPD und Grünen		Koalitionen aus CDU und SPD	
Nordrhein-Westfalen	6	Berlin	4
Hessen	5	Thüringen	4
Hamburg <sup>1)</sup>	3	Bremen	3
Schleswig-Holstein	4	Mecklenburg-Vorpommern	3
Zusammen	18	Zusammen	14
Koalition aus SPD und F.D.P.		Koalition aus CDU und FDP/DVP	
Rheinland-Pfalz	4	Baden-Württemberg	6
1) Hamburg: GRÜNE-Alternative-Liste			

Wechsel der Regierungsverantwortung. So wurden in Bremen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Hamburg neue Regierungen bzw. Regierungsbündnisse gebildet. In den fünf anderen Ländern, in Hessen, Berlin, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt konnten die vorherigen Regierungsparteien weiterhin regieren, wobei in Sachsen-Anhalt die SPD in Zukunft ohne die Beteiligung der GRÜNEN regieren wird.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen und die daraus folgenden Regierungsbildungen der letzten vier Jahre hatten zur Folge, daß die SPD ihre Vormachtstellung im Bundesrat halten konnte, obwohl sie empfindliche Wahlniederlagen erlitt. Lediglich die Zahl der Stimmen aus von der SPD alleinregierten Ländern ist geschrumpft. Zusammen mit den Stimmen aus SPD-geführten Landesregierungen kommen die Sozialdemokraten im Bundesrat auf 35 der 69 Stimmen und können somit in der Länderkammer Gesetze beschließen oder zurückweisen, Einsprüche einlegen oder den Vermittlungsausschuß anrufen: eine Situation, die sich auch durch die in diesem Jahr noch anstehenden Landtagswahlen in Bayern und Mecklenburg-Vorpommern voraussichtlich nicht grundlegend ändern wird und die – unabhängig vom Ausgang der Bundestagswahl – die Arbeit der zukünftigen Bundesregierung stark beeinflussen wird (*Übersicht*).

## Ausblick auf die Bundestagswahl am 27. September 1998

### Änderungen des Wahlrechts für Auslandsdeutsche

Zur Bundestagswahl 1998 treten einige Änderungen des Wahlrechts in Kraft. Eine wesentliche Änderung des Bundeswahlgesetzes betrifft das aktive Wahlrecht von Deutschen, die im Ausland leben. Bislang waren deutsche Staatsbürger, die im Ausland leben, bis zu zehn Jahre nach ihrer Ausreise aus Deutschland bei Bundestagswahlen wahlberechtigt, vorausgesetzt, sie hatten zuvor mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland gewohnt. Nach der Novellierung gilt das Wahlrecht nun bis zu 25 Jahre nach Wegzug. Wer indes in einem Mitgliedsstaat des Europarats wohnt, konnte sich schon bisher ohne zeitliche Begrenzung an Bundestagswahlen beteiligen. Diese Regelung bleibt bestehen. Die Begrenzung des Wahlrechts von Auslandsdeutschen auf zehn Jahre war damals damit begründet worden, daß zur Ausübung des Wahlrechts auch eine direkte Beziehung zum eigenen Staatsgebiet gehöre. Bei der Ausweitung des Wahlrechts auf 25 Jahre wurde argumentiert, daß durch die verbesserten Möglichkeiten kommunikativer Teilnahme am politischen Geschehen in der Bundesrepublik Deutschland vom Ausland aus (Deutsche Welle, Internet) eine Einschränkung auf zehn Jahre nicht länger zu rechtfertigen sei. Die Zahl der deutschen Wahlberechtigten, die im Ausland leben, wird auf über eine halbe Million geschätzt. An der Bundestagswahl 1994 haben rund 34 000 Auslandsdeutsche teilgenommen.

### Neuzuschnitt von sechs Bundestagswahlkreisen

Eine weitere Änderung betrifft die Einteilung des Landes Baden-Württemberg in 37 Bundestagswahlkreise. Für die kommende Bundestagswahl 1998 wurde der Zuschnitt von sechs Bundestagswahlkreisen in Baden-Württemberg geändert. Dabei handelt es sich um die Bundestagswahlkreise 170 Neckar-Zaber, 171 Heilbronn, 175 Karlsruhe-Stadt, 176 Karlsruhe-Land, 177 Rastatt und 183 Pforzheim. Im vorliegenden Aufsatz wurden die früheren Wahlkreisergebnisse entsprechend der für die Bundestagswahl 1998 geltenden Wahlkreiseinteilung umgerechnet. Aus diesem Grund weichen die dargestellten Wahlkreisergebnisse in den betroffenen Wahlkreisen geringfügig von früheren Veröffentlichungen ab.

### Bei der Bundestagswahl 1998 voraussichtlich 345 000 Erstwähler

Die genaue Zahl der bei der Bundestagswahl 1998 wahlberechtigten Personen wird erst in der Wahlnacht zusammen mit dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis vorliegen, nachdem alle Kreiswahlleiter die Wahlberechtigtenzahlen gemeinsam mit dem Wahlergebnis ihres Bundestagswahlkreises gemeldet haben.

Vor der Wahl kann die Zahl der Wahlberechtigten nur näherungsweise aus der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung abgeleitet werden. Am Jahresende 1997 hatte das Land Baden-Württemberg rund 10,4 Mill. Einwohner; davon waren etwa 9,1 Mill. Deutsche, und knapp 1,3 Mill. Personen hatten eine ausländische Staatsbürgerschaft. Bei Vorausrechnung der vorliegenden Daten bis zum Wahltermin am 27. September 1998 ergibt sich eine

Zahl von knapp 7,3 Mill. Deutschen im Alter von 18 und mehr Jahren, die bei der kommenden Bundestagswahl wahlberechtigt sein werden.

Gegenüber der letzten Bundestagswahl 1994 würde dies einen Anstieg der Wahlberechtigtenzahlen um etwa 93 000 bedeuten. Wie die langfristige Betrachtung zeigt, hat sich die Zahl der Wahlberechtigten in Baden-Württemberg gegenüber der ersten Bundestagswahl im Jahr 1949 nahezu verdoppelt; allein seit 1980 haben sich die Wahlberechtigtenzahlen im Land um nahezu eine Million erhöht.

Mit einem Anteil von rund 52 % sind Frauen unter den wahlberechtigten Bürgern leicht überrepräsentiert. Allerdings sind Frauen nur in der Gruppe der über 50jährigen Wahlberechtigten in der Überzahl. Unter den jüngeren wahlberechtigten Baden-Württembergern sind die Männer in der Mehrheit.

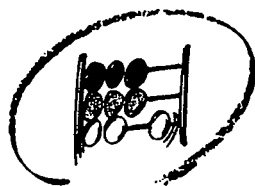
Voraussichtlich etwa 345 000 junge Bürgerinnen und Bürger werden sich im September erstmals an einer Bundestagswahl beteiligen können. Der Anteil der Jungwähler, also der Wahlberechtigten unter 25 Jahren, wird mit rund 9 % wesentlich kleiner sein als der der älteren Wahlberechtigten, die 70 Jahre und älter sind. Nahezu 15 % der wahlberechtigten Baden-Württemberger gehören zu dieser Altersgruppe.

Da außerdem der Wahleifer der Jungwähler erfahrungsgemäß deutlich unter dem der älteren Generation liegt, ist somit der Einfluß der „Generation der Großeltern“ auf den Wahlausgang wesentlich größer als der der jungen Menschen.

Monika Hin/Joachim Werner

## Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland

### Kreiszahlen Ausgabe 1997



Die aktualisierte Ausgabe der „Kreiszahlen“ bietet erneut die Möglichkeit, wirtschaftliche, soziale und politische Fakten für Landkreise, kreisfreie Städte und jetzt auch für Regierungsbezirke in ganz Deutschland unmittelbar abzulesen und zu vergleichen.

#### Mit den wichtigsten Daten über:

Bevölkerungsstand- und -bewegung, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit, Landwirtschaft, Industrie, Bauwirtschaft und Bautätigkeit, Tourismus, Verkehr, Bruttowertschöpfung u.v.m.

192 Seiten, 1 Karte, kartoniert, 25,00 DM (zuzüglich Versandkosten), ISSN 1431-7826; Artikel-Nr. 8041 97001

STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER